

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenblatt 14 Rpfr., die 79 mm breite mm-Zeile im Tagblatt 1,10 RM. Rabatt nach Staffel B. Anzeigenpreise Nr. 3. Drucksatz für Buchstabenanzeigen 30 Rpfr. anstatt Porto. Für Anfertigung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einsehl. Trägerlohn monatlich. Goldmonat 1,00 RM. Portobeitrag monatlich 0,20 RM. einsehl. 45 Rpfr. Druckgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpfr., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpfr.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

**Postadresse:** Dresden-A. 1. Postfach - Fernruf: Ortsverkehr Sammelnnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983 - Telegr.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Victoriastr. 4 a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366  
**Postfach:** Dresden 2000 - Nichterlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Antrags

Nr. 92 / 43. Jahrgang × Mit der Beilage „Die Frau in der Gegenwart“ Donnerstag, 18. April 1935

## Genf fordert Deutschland heraus

Laval verlangt „Berurteilung“ Deutschlands - Sanktionsmaßnahmen für die Zukunft - Abstimmung heute

### Keine großen Abänderungen?

Vor der Entscheidung des Völkerbundsrates

Genf, 17. April. (Durch Funkspruch) Man hält es hier für möglich, daß die Tagung des Völkerbundsrates am Mittwoch abgeschlossen wird. Sir John Simon soll dem Wunsch genügen, Genf auf alle Fälle heute abend zu verlassen. Im allgemeinen herrscht die Auffassung, daß die gestern vorliegende Entscheidung keine großen Veränderungen mehr erfahren werde und daß eventuelle Abänderungsvorschläge nur noch in Form von „ausführlichen Erklärungen“ erscheinen werden. Ueber die Zahl der Stimmhaltungen herrscht noch keine Sicherheit. Da außer dem dänischen Außenminister auch die Vertreter der drei lateinamerikanischen Staaten Mexiko, Chile und Argentinien bei ihren Regierungen um Belohnungen nachsuchen haben, ist deren Haltung noch unklar. Was Chile und Argentinien anlangt, ist es möglich, daß sie durch die Befristung zukünftiger Sanktionen auf Europa beschränkt sind und daher für die Entscheidung stimmen. Ähnlich ist die Haltung in Spanien, sowie diejenige Polens.

wegen, als durch die Tatsache, daß die kleineren Mächte das Konzept der großen „Verbundenen“. Man hätte sich natürlich, die kleineren Mächte direkt zu beschuldigen, aber zwischen den Zeilen der heutigen Morgenblätter ist deutlich die Verantwortung über die tatsächliche Verzögerungspolitik der kleineren Mächte zu sehen.

In der Sache selbst legt man hier besonderen Nachdruck auf die völkerrechtliche Seite der gemeinsamen englisch-französisch-italienischen Entscheidung, und da obenreich die ursprüngliche in Straßburg vorgesehene „Verurteilung“ der deutschen einseitigen Vertragsauflösung nicht mehr in der Entscheidung enthalten ist, sondern nur allgemein von einseitigen Vertragsauflösungen gesprochen wird, glaubt man hier sagen zu können, daß man die Tür für die Deutschen nicht zu geschlagen habe, und daß Deutschland die Möglichkeit einer Rückkehr nach Genf unbedingt offengehalten sei (?). Weiterhin glaubt man Lavals Satz, daß Gleichberechtigung und Sicherheit für alle bestehen müsse, in einem auch für Deutschland günstigen Sinne auslegen zu können.

Obwohl die Frage, wie die kleineren Mächte abstimmen werden, immer noch ungelöst ist, behauptet man hier, daß eine einstimmige Annahme der Entscheidung dadurch erzielt wird, daß die kleinen Staaten sich der Stimme enthalten. Man glaubt nicht, daß es zu direkten Gegenstimmen kommt.

### In London tut man harmlos

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 17. April  
 Die weitere Verzögerung der Völkerbundrats-Entscheidung in der Frage der angeblichen deutschen Verletzung des Versailler Vertrages hat in England einige Mißstimmung ausgelöst - weniger der Sache

### Der Richter auf der Anklagebank

Da sich unter den Mitgliedern des Völkerbundes niemand fand, der das unanständige und in diesem Fall auch unwürdige Amt eines Richterhalters in der Frage der französischen Wehrverträge über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland übernehmen wollte, hat Frankreich der Abstimmung getreu nachmittags seine Entscheidung zurückgezogen und sich durch den Mund seines Außenministers Laval begründet lassen. Die Sitzung endete, um das vorwegzunehmen, ohne Ergebnis, da sich zeigte, daß im Rat keinerlei Einmütigkeit bestand. Der polnische Außenminister Bieda übte in einer grandiosen Rede scharfe Kritik an dem Vorgehen der Wehrmächte und ironisierte in außerordentlich treffender Weise vor allem die verschiedenen Versuche, die „Sicherheit“ im europäischen Osten zu organisieren, zu einem Zeitpunkt, wo diese Sicherheit weniger denn je in den letzten 14 Jahren gefährdet sei. Heute soll nunmehr die Entscheidung fallen.

Das Ziel in Genf hat mit der gemeinsamen Entscheidung der drei Wehrmächte seinen größten Höhepunkt erreicht. Es ist der französische Diplomat in Straßburg, England und Italien, für seinen Plan einer „moralischen Beurteilung“ zu gewinnen. Das muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden; denn es ist wichtig, ohne alle Befristung lehrhaft zu machen, wer für die Wehrerhöhung verantwortlich ist - anders kann man diese Redebehauptungen nicht bezeichnen - verantwortlich ist. Es ist bezeichnend, daß England auch in diesem Fall wieder schlichtlich dem französischen Drängen nachgegeben hat. Die Stimmen, die in den letzten Tagen aus der englischen Öffentlichkeit laut wurden, hatten die und da die Hoffnung geäußert, daß die englischen Staatsmänner weitgehend der Handlung folgen. Diese Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt und alle Möglichkeiten der englischen Presse ändern an dieser Tatsache nichts.

bedenkenn müssen, die keinen Standesunterschied kennen und Gleichheit proklamieren für jeden, für den Nationalität wie für den Vertreter - aber unter der Voraussetzung, daß diese Gleichheit lediglich in der Stimmabgabe besteht und sonst der Willkür ein Willkür, der Vertreter ein Vertreter bleibt.

### Die Entscheidung angenommen

Genf, 17. April (Durch Funkspruch)

Um 12 Uhr wurde die von Frankreich, England und Italien eingebrachte Entscheidung vom Völkerbundrat bei einstimmiger Zustimmung Danemarks angenommen.

„Jurnal“ ab von dem Recht der Sieger über die Besiegten, wie man es im Jahre 1919 verkündete, gibt jedem keine eine Stimme im Völker Rat und proklamiert „unabdingbare“ Gleichberechtigung - unter der Voraussetzung, daß niemand auf den Gedanken kommt, diese formale Gleichberechtigung in eine tatsächliche umzuwandeln. Die abgerüsteten Staaten sollen ewig abgerüstet bleiben und die gerüsteten ewig mächtige Siegerstaaten bleiben. Und alle dies trotzdem „gleich“, denn alle haben nur „eine“ Stimme in Genf.

Das ist der Geist, der in Deutschland durch die Revolution Adolf Hitlers überwandelt wurde. Im neuen Deutschland ist nicht nur die formale, sondern auch die tatsächliche Gleichberechtigung aller scheinenden Staaten. Und andererseits proklamiert das neue Deutschland die tatsächliche Gleichberechtigung aller Völker Europas und die Aufhebung der ungleichen Rangordnungen von Versailles. Das neue Deutschland geht seiner Klasse ein Vorbild zu, aber ebensoviele auf internationaler Ebene und irgendeiner Welt. Das neue Deutschland will sein Sonderrecht für sich. Es will nur das, was man allen unbillig, daß die alten die alten sind, was dies Recht, das und feierlich verkündet worden war, Jahr um Jahr vorhalten hatten, nachdem diese anderen also rechtlos brachia geworden waren, haben wir das Gesetz nach langem Zögern spät in eigene Hand genommen.

Die Absicht, die hinter diesem in Genf jetzt nur Debatte stehenden Entschuldigungsvertrag steht, ist klar: Eine neue Kriegsfürsorge soll aufgestellt werden. Ein neues Welt soll in die Hände der Völker geschnitten werden. Genau so verberlich und verbrecherisch, wie es jene alte Kriegsallianz von 1914 war, die zwei Jahrzehnte die ganze Welt vergiftete und die moralische Grundlage bilden sollte für das Diktat von Versailles. Heute glaubt niemand mehr an diese alte Idee. Deswegen braucht man eine neue. Und diese neue soll in der feierlichen Beurteilung Deutschlands durch den Völkerbundrat wegen seines angeblichen Vertragsbruchs bestehen. Es ist unerschütterlich, wie man heute in der Londoner Presse sieht über die für England unangenehme Situation hinwegzusehen versucht und erklärt, die Entscheidung „letztendlich nicht so schlimm gemeint“ (damit hat man seit den Waffenstillstandsverhandlungen den dummen deutschen Michel immer wieder getöbert) und England habe dafür gefordert, daß die Tür für Deutschland offen bleibe“. Es gibt Toren, durch die man nicht gehen kann, ohne sich selbst zu beschmutzen. Das heutige Deutschland, das der Führer wieder an einem Reich der Ehre und der Freiheit gemacht hat, wird dies nie zulassen. Es wird eine neue Verunglimpfung durch einen unmoralischen Richterpruch nicht einfach hinnehmen. Das sollte man in Genf recht genau bedenken!

### Keine volle Zufriedenheit in Paris

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 17. April  
 Die Pariser Morgenpresse feiert heute fast einstimmig die mutige und dennoch kluge diplomatische Haltung Lavals in Genf und die feierliche Bestätigung der Solidarität der Wehrmächte. In einigen wenigen Blättern klingen allerdings Mißstände durch. Vor allem greift wieder Vertinox im „Echo de Paris“ den Außenminister Laval wie gewöhnlich aufs Schärfste an. Er sei an den „Prozess gegen Deutschland“ betragenermaßen wie ein Hund, den man mit Prügelein vorwärts treiben muß. Er habe seine Rede so gehalten, daß den Deutschen wirklich nur ein „Minimum von Unannehmlichkeit“ bereitet werde (?) und die Mitteldeutsche Deutschlands nach Genf unter seinen Umständen ersüßere. Auch sei die Solidarität der Völker nicht so glänzend gewesen. Der Italiener Rossi habe sich zwar sofort dem französischen Vorgehen angeschlossen.

Aber Sir John Simon sei nur mit Mühe und Not dazu gebracht worden, und auch nur unter „Bedeutung eines gewissen Preisess“.

Sir John Simon habe durchgehelt, daß die in Straßburg ausgearbeitete Entscheidung noch eine Abänderung erfordere, insofern nämlich, daß der Satz: „Der Völkerbund verurteilt die einseitige Vertragsauflösung Deutschlands“ dahin abgeschwächt worden sei: „Der Völkerbundrat erklärt, daß Deutschland die Pflichten verletzt hat, die allen Mitgliedern der internationalen Völkergemeinschaft obliegen, und er verurteilt jede einseitige Vertragsauflösung.“ Das Wort „verurteilt“ sei also gerade noch gerettet worden, aber es sei jetzt in einen schwachen Nebenabsatz eingeschoben worden. Dazu hätten die südamerikanischen Delegierten die Forderung durchgehelt, daß die angekündigte Sanktionsordnung, von der man, wie Vertinox nebenbei erklärt, „niemals wieder ein Wort hören wird“, nur für Europa bestimmt sei. Außerdem könne man also „ohne Skandal die Verträge brechen“.

Die Haltung des polnischen Außenministers wird von der Pariser Presse aufs Schärfste kritisiert.

Was die Franzosen aber vielleicht noch mehr verstimmt, ist, daß sowohl der Spanier Madariaga als auch der Däne Brundage die Einbringung von Abänderungsanträgen an die Entscheidung Lavals anerkundigt hätten. Wiederum betont man in Paris, daß es für die Würde Frankreichs und des Völkerbundes besser wäre, eine Verwässerung der Entscheidung vorzunehmen, auf die Gefahr, daß die Entscheidung dann

schon Ende durch die Richterreichung der Einkünfte abgelehnt würde. Aber damit sind die Gründe des Mißvergnügens in der französischen Presse noch nicht erschöpft. Gerade gestern habe Simon den Augenblick für gekommen erachtet“, erklärt der „Denn“, um der französischen und italienischen Delegation mitzuteilen, daß das Foreign Office an die Reichsregierung eine Einladung gerichtet habe zur Teilnahme an den Verhandlungen der Marinekonventionen in London im Juni dieses Jahres. Deutschland sei damit am ersten Mal an den außerst wichtigen Flottenverhandlungen eingeladen worden.

### Ein Protest Danzigs

Danzig, 17. April

Bei den Ausschreitungen polnischer Gruppen gegen das Deutsche in verschiedenen Orten Pommerellens ist, wie die weiteren Feststellungen ergeben haben, auch ein Danziger Ständigengediegler, Student Dr. Hoffmann, bei einem Vortrag in dem Ort Btkn weite, tödlich angegriffen worden. Der Danziger Senat hat deswegen beim diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig Vorstellungen erhoben.

Die Danziger Presse nimmt mit sehr ernsten und eindringlichen Worten zu den irrazionalen Vorgängen Stellung. Die Mänter veröffentlichten erschütternde Augenzeugenberichte über die Ausschreitungen, denen, wie bereits gemeldet, ein junges deutsches Mädchenleben zum Opfer gefallen ist. Die polnische „Gazeta Odrodzia“ bezeichnet die Vorfälle in Pommerellen als „höchste unerwünscht“ und „verurteilenswert“. Das Danziger Korrespondenzbüro stellt diese Beurteilung der Ausschreitungen durch das polnische Blatt mit Befriedigung fest, kritisiert aber die Erwartung, daß man polnische Seite im Sinne der nachbarlichen Verständigung endlich der Reihe unverantwortlicher Elemente Einhalt gebiete.

### Verpflichtung der Rekrutenentlassung in Litauen

Kowno, 17. April

Wie die Kownoer Zeitungen melden, ist die Entlassung der litauischen Rekruten, die im Mai d. J. einlassen werden sollten, auf zwei Monate verschoben worden.